

KOALITIONSBEDINGUNGEN:

- Verwaltung modernisieren, Verschwendung beenden durch Volksabstimmung über das Prinzip „**1 Bereich, 1 Zuständigkeit**“
- **Bundesstaatsreform – Beispiele: einheitlicher Jugendschutz**



ERLEDIGT: Deregulierungsgesetz 2017

- Amtswege werden auf Wunsch durch elektronische Kommunikation ersetzt.
- **GmbH-Gründung wesentlich billiger und schneller**
- **One-Stop-Shop-Prinzip** bei der Unternehmensgründung
- Entfall der Aushangpflicht für Vorschriften zum ArbeitnehmerInnenschutz
- Ab 2020 **Umstellung auf rein elektronische Zustellung** für behördliche Schriftstücke

Entbürokratisierung

One-Stop-Shop-Prinzip:

- **Verfahren und Dokumente online.**
- BürgerInnen sollen sich mit allen Anliegen an die Bezirksverwaltungsbehörde wenden können.
- Alle Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit einheitlich vollziehen. Gebietskrankenkasse und Finanzamt verteilen weiterForschung und Entwicklung: Reduktion der Forschungsförderungsstellen von zehn auf drei

Neuer Stil in der Verwaltung

- Keine Sonderregelungen: **Ein Recht für alle**; Schlupflöcher schließen
- **Alles ist erlaubt, solange es nicht verboten ist!**
- Außenstände im Cent-Bereich nicht mehr einfordern

Weg mit den Parallelstrukturen

Klare Regeln für alle

- **Vereinheitlichung der Gesetzgebung** im Wirtschaftsbereich
- Sunset Clause: Gesetze sollen grundsätzlich befristet beschlossen werden.
- Gebietsschutz bei Apotheken und Notaren überdenken
- Notariatspflicht bei Gründungen reduzieren

Zielgerichteter Mitteleinsatz

- **Beseitigung von Doppelgleisigkeiten** (v.a. bei Förderungen)
- Subventionen auf Wirksamkeit prüfen und auf das notwendige Maß reduzieren
- Neue Subventionen werden nur eingeführt, wenn alte auslaufen

- Einheitliche Beschaffung für alle Bereiche der Verwaltung

Verwaltungskosten einfrieren

Entbürokratisierung des Bildungssystems

- Klare und **bundeseinheitliche Verwaltungsstrukturen**
- **Bündelung der Bildungsagenden in einem Ressort – vom Kindergarten bis zur Hochschule**
- Qualitätsmanagement anhand klarer Benchmarks
- Verantwortungskultur: Die Schulleitung ist verantwortlich für die Ergebnisse
- **Gemeinsame Personalverwaltung für alle LehrerInnen**; klare Verantwortlichkeiten für Nicht-Lehrkräfte

Wahlrechtsreform

- Für uns gilt der Wille der WählerInnen – im Sinne einer lebendigen Demokratie. Deshalb braucht es eine Diskussion über eine Reform des Wahlrechtes. Denkbar wäre:
 - Die stimmenstärkste Partei erhält den Auftrag zur Regierungsbildung.
 - **Der Wahlsieger stellt Bundeskanzler/in**
 - **Zahl der MinisterInnen wird reduziert** und fixiert.
 - Nach der Wahl muss die Regierung die Arbeit nach einem Monat aufnehmen.